

Bericht

des Ausschusses für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zum Antrag der Abg. Mag.^a Jöbstl, Ing. Wallner und Huber (Nr. 313 der Beilagen) betreffend ein Maßnahmenpaket zur verstärkten Bewusstseinsbildung an Schulen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz hat sich in der Sitzung vom 15. Mai 2019 mit dem Antrag befasst.

Abg. Ing. Wallner betont die Wichtigkeit, junge Menschen für die Themen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. In den heimischen Schulen gebe es durch die Klimabündnisaktivitäten bereits viele Initiativen. Mit dem vorliegenden Antrag wolle man nicht den Eindruck erwecken, dass in den Schulen nicht schon gut und ausreichend gearbeitet würde, sondern es gehe um die Festlegung durch den Bund, dass die Schulen in Projekten entsprechende Schwerpunkte setzen und in den Lehrplänen verankern könnten.

Abg. Weitgasser betont, dass angesichts des Umstandes, dass sich in den Ozeanen rund 100 Mio. Tonnen Müll befänden und jährlich 8 Mio. Tonnen dazu kämen, die folgenden Generationen ein sehr schweres Erbe anzutreten hätten. In der Klimapolitik brauche es Mut und Weitsicht und man müsse die Lebensqualität auf unserem Planeten für die kommenden Generationen sichern. Es sei nicht verständlich, dass die USA und China mehr in erneuerbare Energie investierten als Europa. Der vorliegende Antrag rücke Klima- und Umweltschutz wieder mehr in den Mittelpunkt an österreichischen Schulen. Sie spricht sich grundsätzlich für eine Neuordnung des Fächerkanons aus, wobei sich die Fächer an realen Lebensverhältnissen und modernen Fragestellungen orientieren müssten. Es müsse ein Bewusstsein für nachhaltiges Handeln geschaffen werden, von dem das gesamte Ökosystem profitiere. Mit dem vorliegenden Antrag hoffe sie, einen wichtigen Schritt zur Bewusstseinsbildung der nächsten Generation zu setzen.

Abg. Heilig-Hofbauer BA erklärt seine Unterstützung für den gegenständlichen Antrag. Bei jungen Menschen sei das Bewusstsein für diesen Themenkomplex bereits jetzt schon deutlich stärker ausgeprägt als dies bei älteren der Fall sei. In diesem Zusammenhang verweise er auf die wöchentlichen Demonstrationen junger Menschen für den Klimaschutz. Seiner Meinung nach brauche es aber nicht nur ein stärkeres Bewusstsein bei den jungen Menschen, sondern auch bei den politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung. Aus seiner Sicht werde Österreich vom ehemaligen Klima-Musterschüler immer mehr zum Schlusslicht. Er hoffe, dass

der Druck der jungen Menschen durch diese Initiative stärker werde, damit in diesen Bereichen politisch mehr geschehe. Die Landesumweltanwältin ersucht er um eine Einschätzung aus ihrer Sicht.

Abg. Dr.ⁱⁿ Dollinger verweist darauf, dass schon jetzt entsprechende Möglichkeiten bestünden, diese Themen in den Unterricht einzubringen und nennt hier als beispielhaft Betriebsbesuche, Wettbewerbe, Projektarbeiten oder die Einladung von Expertinnen und Experten. Zu den „Fridays for Future“-Veranstaltungen stelle sich die grundsätzliche Frage, was dagegenspreche, dass Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Klassen an diesen Demonstrationen teilnehmen würden bzw. ob es nicht denkbar wäre, für Aktivitäten in diesem Bereich Entschuldigungen der Eltern zu akzeptieren. Aus ihrer Sicht könne das vom Bund geforderte Maßnahmenpaket auch in Salzburg ausgearbeitet werden und sie bringt für die SPÖ folgenden Zusatzantrag ein:

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zur verstärkten Bewusstseinsbildung an Schulen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Abg. Rieder verweist in seiner Wortmeldung auf die bereits bestehenden Möglichkeiten für die Schulen und die Zielbestimmung des § 2 des Schulorganisationsgesetzes, die für alle Schulformen bereits alles an Chancen, Möglichkeiten und pädagogischen Zugängen beinhalte. Er spreche sich dafür aus, wieder zu Eigenverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer, die diese im höchsten Maße erfüllen würden, zurückzukehren.

DIⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schaufler (Landesumweltanwaltschaft Salzburg) erklärt in Beantwortung der Fragen, dass es wichtig sei, die Themen Umwelt, Natur und Klima integrativ in die Schulfächer und Lehrpläne einzubringen. Neben der Wissensvermittlung gehe es auch darum, die Komplexität der Zusammenhänge zu erkennen. Es solle auch vermittelt werden, wie man durch das eigene Handeln beitragen könne, Dinge zu verändern. Dazu gehörten auch die gesamten Ökosystem-Leistungen und die Bedeutung von Natur, Umwelt und Klima als Lebensgrundlage zu erkennen. Ganz besonders wichtig sei es, jungen Menschen die Beziehung zwischen dem eigenen Handeln und den daraus resultierenden Folgen zu vermitteln. Dazu gehöre auch, das eigene Handeln überdenken zu lernen. Diese Themenbereiche sollten deshalb integrativ in den Unterricht aufgenommen werden. Erlern werden solle auch, sich als Teil eines großen Ganzen zu sehen sowie aufeinander Rücksicht zu nehmen, insbesondere auf die Mitmenschen und die künftigen Generationen.

Abg. Ing. Wallner betont in einer weiteren Wortmeldung seine Zustimmung zum Abänderungsantrag der SPÖ. Er sei der Überzeugung, dass es diesen Diskussionsprozess unter pädagogischer Leitung geben solle, damit sich die Jugendlichen umfassend damit auseinandersetzen könnten.

Landesrätin Hutter erklärt, dass es der richtige Zeitpunkt sei, Schülerinnen und Schüler noch mehr für dieses Thema zu gewinnen. Je früher man Kinder und Jugendliche für diese Themen begeistern und je früher man mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen starten könne, desto wahrscheinlicher sei es, dass die Kinder und zukünftigen Erwachsenen später danach lebten und sich ihrer Verantwortung bewusst würden. In den bestehenden Lehrplänen werde bereits ein breites Spektrum abgebildet und es gebe im Land Salzburg eine große Palette von freiwilligen Angeboten für Schulen. Ungeachtet dessen begrüße sie die vorliegende Initiative. Auf die Frage von Abg. Stöllner, welche Maßnahmen in den Schulen des Landes gesetzt würden, erläutert Landesrätin Hutter ausführlich die vielfältigen Angebote.

Nach einer weiteren Diskussion um die „Fridays for Future“-Demonstrationen wird der gegenständliche Antrag unter Anfügung des Zusatzantrages der SPÖ einstimmig zum Beschluss erhoben.

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, ein Maßnahmenpaket zur verstärkten Bewusstseinsbildung an Schulen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu erarbeiten.
2. ein Maßnahmenpaket zur verstärkten Bewusstseinsbildung an Schulen in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Salzburg, am 15. Mai 2019

Die Vorsitzende:
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl eh.

Der Berichterstatter:
Ing. Wallner eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 5. Juni 2019:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.